

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphische Adresse  
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Verantwortlicher Redakteur  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 38.

Sonnabend, 15. Februar 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter der kassell. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Einzelne Nummern für die Rumme des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kahntentstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

## Die Anerkennung des Koburger.

\* Prinz Ferdinand hat seinen Erstgeborenen nach russisch-orthodoxem Ritus „umtaufen“ lassen und der Beherrscher aller Gläubigen (d. h. aller an Mohammed Glaubenden), der Sultan, ist darüber so erfreut, daß er, wie schon gemeldet, den Prinzen Ferdinand förmlich als Fürsten von Bulgarien anerkannt hat. Dabei hat er sich ohne jeden Zweifel zuvor der Zustimmung des Zaren versichert, mit dem der Großsultan jetzt auf dem besten Fuße steht.

Der Koburger brachte als brauchbare Eigenschaft für einen Fürstenthron nichts weiter mit, als seine fürstliche Abstammung und die Millionen seiner Mutter, die es sich ein Stück Geld kosten ließ, um ihren Sohn Karriere machen zu lassen. Im Wiener Cafe Ronacher wurde seine Fürstenschaft gemacht. Dann war er jahrelang die Drahtpuppe Stambulows, bis er diesen in nicht ganz einwandfreier Weise stürzte. Nach diesem Sturze hat es der Fürst für nützlich gehalten, fortwährende Verbeugungen vor Rußland zu machen und endlich hat er ein Opfer gebracht — ein „graufames“ nennt er es selbst, „das in der Geschichte völlig unerhört“ sei. Ehemals war er der Säugling des Habsburgischen Herrschers. Vielleicht geht es ihm, dem Koburger, jetzt so, wie es einem anderen Donaufürsten ging, da er die Treue gegen Oesterreich vergaß und sich dem Hassenthum in die Arme warf. Milan mußte seinen Gesinnungswechsel bald genug mit seiner Krone bezahlen.

Vom Gesichtspunkte des allgemeinen Friedens aus betrachtet, könnte man Genugthuung darüber empfinden, daß mit der förmlichen Anerkennung des Fürsten festere Verhältnisse in Bulgarien platzgreifen scheinen. Aber das ist vielleicht nur scheinbar. Heute freilich triumphiert der Koburger in dem Jubel über Rußlands Gnade. Er tröstet sich über den Fall des Occidents, da er die Gnade des Orients gefunden hat. Der Zar hat zu der Umkehr des kleinen Bojars einen General nach Sofia geschickt. Vielleicht bleibt der General gleich dort, um die Statthaltertschaft zu übernehmen. Die russische Politik setzt sich dort fort, wo sie vor einer Reihe von Jahren mit dem Fiasko des Generals Kaulbars aufgehört hat. Hiermit freilich nimmt die Angelegenheit eine größere Bedeutung an.

In Bulgarien besteht gegenwärtig noch ein Zustand, der dem Völkerrecht widerspricht. Nach dem Berliner Vertrage muß der Fürst von Bulgarien von der großen Sobranje gewählt, von der Türkei bestätigt und von allen Mächten, die den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, anerkannt werden, sonst ist er nicht legitim. Hier freilich kommen jetzt Fragen zur Erörterung, die nicht so kurzer Hand gelöst werden können. Bulgarien ist heute etwas anderes als zur Zeit des Berliner Vertrages. Inzwischen hat die Revolution von Philippopol sattgefunden, die Ostrumelien mit Bulgarien vereinigte. Formell ist diese Vereinigung von den Mächten keineswegs anerkannt. Im Gegentheil, Rußland besonders hat, wie wohl es selbst diese Vereinigung schon im Vertrage von San Stefano forderte, sie entschieden bekämpft, freilich nur, weil der Battenberger der russischen Diplomatie nicht mehr sympathisch war und weil der Staatsstreich ohne Mitwirkung der russischen Staatsmänner ausgeführt wurde. Man hat die Form gefunden, daß die Türkei den Fürsten von Bulgarien zum Generalgouverneur von Ostrumelien ernannte. Wenn jetzt die ausdrückliche Anerkennung des Fürsten von Bulgarien durch die Mächte erfolgt, so wird es sich kaum von der Hand weisen lassen, auch die ostrumelische Frage alsbald zum Austrag zu bringen.

Rußland würde damit seine Vorposten gegen die Türkei in auf wenige Meilen von Konstantinopel vorschleichen. Denn nach dem Sinne der russischen Machthaber soll Bulgarien ein Vorposten des Moskowitertums im Kampfe gegen die Porte sein. Daß aber Bulgarien diesen Zweck nicht erfüllen, daß es vielmehr neutral bleibe, das ist das berechtigte Verlangen Oesterreich-Ungarns, und wenn Bulgarien diesem Verlangen nicht streng nachkommt, so wird der Koburger nur in ein eben so übles Verhältnis zu Oesterreich gerathen, als es bisher zu Rußland bestand. Was übler ist, muß die Zukunft lehren.

## Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Eine gestern Vormittag in Berlin abgehaltene Versammlung von etwa 2000 Schneidermeistern

der Damenmäntelbranche protestirte gegen die anlässlich des Streiks der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die seitens der Regierung, der Presse und der öffentlichen Meinung an den Meistern geübte Kritik und nahm eine Resolution an, in welcher die Versammlung erklärt, daß den Meistern die durchaus gedrückte Lage ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen wohl bekannt sei. Sie hätten die weitgehendsten Schritte zur Aufbesserung der Arbeitslöhne versucht, seien jedoch auf den energischen Widerstand der Konfektionäre gestoßen, welche erklärten, insolge der allgemein schlechten Geschäftslage einen höheren Preis nicht bewilligen zu können. Der von der Agitationskommission der Arbeiter und Arbeiterinnen den Meistern vorgelegte Lohnarif konnte nicht angenommen werden, weil die darin aufgestellten Forderungen noch nicht einmal als Preise von den Schneidermeistern bei den Konfektionären erzielt werden. Die geforderten Betriebswerkstätten sind bei den Meistern bereits vorhanden und entsprechen den hygienischen Anforderungen. Die Versammlung macht nun folgende Reformvorschlüge: Die Schneidermeister und Konfektionäre beschließen, einen gemeinsamen Ring gegen die Konkurrenz und den unlauteren Wettbewerb in ihrer Branche zu bilden. Die Ringmeister verpflichten sich, nach einem gemeinsam mit den Konfektionären ausgearbeiteten Lohnarif unter den aufgestellten Preisen keine Arbeiten von den Konfektionären entgegenzunehmen und ihre Arbeitskräfte nicht unter dem aufgestellten Lohnarif zu beschäftigen. Die Versammlung erwartet von der Regierung, daß diese nunmehr auf diejenigen Arbeitgeber einwirkt, welche sich diesen Bedingungen nicht anschließen, und entsprechende gesetzliche Maßnahmen vorbereitet. — Der Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche nimmt inzwischen an Ausdehnung zu. Bis gestern Mittag hatten sich über 10 000 Ausländische Streikarten ausfertigen lassen.

Der „Vorwärts“ gebietet sich geradezu sinnlos vor Ruch über die trotz aller Proteste zur Thatfache heranreife sächsische Wahlrechtsreform. In seiner heutigen Nummer schreibt das führende Blatt der Sozialdemokratie:

Die sächsische Regierung und ihre Parteien können sich unter solchen Umständen keiner Täuschung hingeben: sie handeln gegen den Willen des Volkes. Und damit stellen sie sich auf den Boden der Gewalt. Ob die Gewalt sich in Staatsstreichen äußert oder in das Gewand des Gesetzes hüllt, das ist gleichgültig. Der Punkt, auf dem es ankommt, ist, daß die in den Händen der Regierung und der herrschenden Klassen und Parteien befindlichen Machtmittel zur Vergeewaltigung des Volkswillens, oder sagen wir richtiger des Majoritätswillens benutzt werden. Oder ist es keine Vergeewaltigung, wenn einem Volke gegen den ausgesprochenen Willen und leidenschaftlichen Protest der Mehrheit des Volkes ein politisches Grundrecht genommen, die politische Willkürigkeit geraubt wird? Ist die Entmündigung eines Volkes, die Unterwerfung eines Volkes nicht Vergeewaltigung? — die schlimmste Vergeewaltigung, die überhaupt gedacht werden kann? Gewalt aber, das ist ein alter Grundbegriff — kann niemals Recht werden. Wird das Attentat auf das sächsische Landtags-Wahlrecht verurteilt, was bei der Verleumdung der herrschenden Klassen mit Bestimmtheit zu erwarten ist, so ist jedem Menschen in Sachsen, der sich in seinem Rechte gekränkt fühlt und der einen Funken von Menschlichkeit im Herzen und Ehre im Leibe hat — die Pflicht auferlegt, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß das neu geschaffene System wieder beseitigt wird. Das Volk wird zum Kampf gegen die Regierung gezwungen. Und Ruhe kann nicht eher ins Land kommen, als bis entweder der Widerstand des Volkes gebrochen und die Krone des Kirchhofs hergestellt oder das geschaffene Wahlrecht weggefeht ist.

Daß die Krone des Kirchhofs nach Inkrafttreten des neuen Wahlgesetzes nicht eintreten wird, dafür dürften die Herren Sozialdemokraten, die doch durch das Gesetz nicht mundtot gemacht werden, schon selber sorgen. Kühn ist die Behauptung, daß die Regierung und ihre Parteien gegen den Willen des Volkes handeln, oder, wie es an einer anderen Stelle des Artikels heißt, den Majoritätswillen vergeewaltigen. Die Regierung hat einfach in der Erfüllung eines Wunsches der Kammermajorität gehandelt und die Kammermajorität muß doch als Repräsentation der Mehrheit des Volkes angesehen werden; eine andere Repräsentation giebt es eben nicht. Bestände nun diese Kammermehrheit aus Sozialdemokraten und die Regierung weigerte sich, deren Wünschen und Forderungen zu entsprechen, wozu jedenfalls sehr begründete Veranlassung vorhanden sein würde, was würde dann der „Vorwärts“ sagen? Genau dasselbe wie heute: die Regierung handelt gegen den Willen des Volkes, sie vergeewaltigt den Majoritätswillen. Dies Geschrei der sozialdemokratischen Führer ist demnach rechte Unsinnigkeit.

Dem „Daily Chronicle“ wird aus Konstantinopel berichtet: Das englische Postschiff „Jacone“ fand, nach

zeitweiliger Abwesenheit zurückkehrend, seinen Ankerplatz von dem deutschen Schiff „Coreley“ eingenommen. Es scheint, daß die türkische Hafenbehörde dem deutschen Schiffe die seit zwanzig Jahren von den Engländern benutzte Boje zugewiesen hat. Da es im Bosporus nicht an Ankerplätzen mangelt, wird natürlich angenommen, daß die Türken die Gelegenheit benutzten, um die Engländer zu beleidigen, indem sie den Deutschen eine auffällende Begünstigung zeigten. Die Sache wurde den Botschaftern Rußlands, Frankreichs und Italiens zum Schiedspruch unterbreitet, fand aber damit ihre Lösung, daß die „Coreley“ plötzlich Ausbesserungen nötig fand und in Dock ging, worauf die englische „Jacone“ ihren früheren Ankerplatz wieder einnahm.

Vom Reichstag. Der Reichstag setzte gestern die Berathung des Stats des Auswärtigen Amtes fort. Auf Anfragen der Abg. Schmidt-Warburg (Ctr.) und Spahn (Ctr.) erklärte der Staatsminister Frhr. v. Marschall, daß in Griechenland unter dem jetzigen Ministerium die Staatseinkünfte, die früher verpfändet gewesen, zum Teil zur Befriedigung von Gläubigern des griechischen Staates benutzt würden. Gegenwärtig schwebten in Paris Verhandlungen über die endgiltige Regelung der Frage, über die er aber Einzelheiten nicht mittheilen konnte. Durchgangstarife für Getreide aus Rußland beständen nur für Sendungen nach Königsberg, Danzig und Memel. Abg. Bebel (soz.) beschwerte sich, daß der Botschafter in Wien zur Zeit der Ermordung Stambulows nicht auf seinem Posten gewesen, sondern an einer Secretäre theilgenommen habe. Staatsminister Frhr. v. Marschall erwiderte, der Kaiser und der Reichskanzler hätten den Urlaub der Botschafter zu bestimmen; die Kritik des Vorredners sei daher nicht berechtigt. Abg. Richter (freif. Volksp.) hielt die Kritik für berechtigt. Wenn in einem solchen Augenblick ein Vertreter des Botschafters genüge, so werde dadurch die Bedeutung der Botschafter herabgedrückt. Frhr. v. Marschall betonte, es handle sich hier um eine Frage des inneren Dienstes, er verweigere daher eine Auskunft. Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) bemerkte, daß der Abg. Bebel für nicht beurtheilen könne, ob die Anwesenheit des Botschafters bei jener Secretäre damals nicht notwendiger gewesen sei, als sein Aufenthalt in Wien. Abg. Bebel (soz.) bestand darauf, eine Auskunft über den Dienst zu erhalten. Staatsminister Frhr. v. Marschall entgegnete, daß über den Dienst allein der Kaiser und seine Bevollmächtigten entscheiden, er verweigere daher jede Auskunft hierüber. Der Rest des Stats ward nach kurzer Debatte erledigt. — Es folgte die Berathung des Stats der Heeresverwaltung. Auf eine Anregung des Abg. Weiß (freif. Volksp.) theilte der Staatsminister v. Bötticher mit, daß den preussischen Volksschullehrer-Seminarien auf Antrag der preussischen Regierung das Einjährig-Freiwilligen-Recht ertheilt worden sei. Die anderen Bundesstaaten dürften nachfolgen. Abg. Bebel (soz.) brachte wie alljährlich eine Reihe von Beschwerden über angelegliche Vorkommnisse in der Armee vor. Der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf stellte fest, daß von den angeführten Fällen ein großer Theil weit übertrieben, ein Theil aber objektiv unwahr sei. Abg. Schall (konf.) bezeichnete die Beschwerden des Abg. Bebel als eine Herosiratsarbeit, mit welcher er den in unserer Armee herrschenden Geist, um den uns das Ausland beneide, herabzusetzen sich bemühe.

Oesterreich-Ungarn. Im niederösterreichischen Landtage gab es Donnerstag anlässlich eines auf den bevorstehenden Ausgleich mit Ungarn bezugnehmenden Antrages wiederum argen Skandal. Die Antisemiten, insbesondere ihr Führer, Dr. Kueger, griffen die ungarische Regierung in schärfster Weise an. Selbst die sonst so ungarfreundlichen und jähnen Liberalen verurtheilten gleichfalls den jetzt noch in Kraft befindlichen Ausgleich. Schließlich wurde ein zwischen beiden Parteien vereinbarter Antrag einstimmig unter stürmischen Beifall angenommen. Der Antrag verlangt Kündigung des Zoll- und Handelsbündnisses und Erneuerung nur für den Fall, daß eine Gewähr für lokale Einhaltung der Vertragspflichten von ungarischer Seite geboten wird, ferner Herabminderung der jetzigen Beitragsquote, die bekanntlich für Oesterreich 70 v. H. beträgt. Der Antrag spricht ferner die Erwartung aus, daß alle Abgeordneten Niederösterreichs im Reichsrathe einstimmig im Sinne dieser Entschliegung sich verhalten. Während der einstimmigen Annahme des Antrages wurden Bisklaute auf der Galerie laut, die von zwei ungarischen Juden stammten. Es erhob sich